



Die Realzinsen sind tief, was Anreize zu erhöhter Verschuldung setzt.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Die Inflation ernst nehmen und die Märkte abkühlen

Am 22. September steht die nächste geldpolitische Lagebeurteilung durch die SNB an. Hier dürfte sich entscheiden, wie es mit der Inflation in der Schweiz weitergeht. Es ist zu hoffen, dass die Nationalbank ihre Aufgabe, Preisstabilität zu gewährleisten, ernst nimmt.
Gastkommentar von Urs Müller

Die derzeit wohl wichtigsten wirtschaftlichen Probleme der Schweiz sind die Inflation (vorab für die Bevölkerung) und der Fachkräftemangel (vorab für die Unternehmen und den Staat). Eine kurze Analyse zeigt, dass die Wirtschaft real überhitzt ist: An vielen Gütermärkten herrscht ein Nachfrageüberhang, der auch in der Schweiz in eine deutliche Inflation von derzeit 3,5 Prozent mündet. Auch der Arbeitsmarkt ist ausgetrocknet, was sich in einer rekordtiefen Arbeitslosigkeit und einem ausgeprägten Fachkräftemangel niederschlägt. Die Kombination aus Inflation und Arbeitskräftemangel ist gefährlich. Sie dürfte zu Lohnforderungen im Bereich von 3 bis 4 Prozent führen, was eine schädliche Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen könnte, die letztlich in niemandes Interesse ist. Deshalb lohnt sich eine kurze wirtschaftspolitische Analyse.

Die Inflation ist derzeit nicht nur höher als in den letzten Jahren, sie liegt auch deutlich über dem von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) definierten Zielband von 0 bis 2 Prozent. Die Zinsen hingegen sind tief; die Nominalzinsen liegen deutlich unter dem Nominalwachstum des BIP. Und die Realzinsen sind im Keller, was falsche Anreize zu erhöhter Verschuldung setzt. Mit anderen Worten: Die Geldpolitik ist viel zu expansiv, die Negativzinsen müssen nach bald acht Jahren wieder Positivzinsen Platz machen.

Auch die Wechselkursentwicklung steht einem deutlichen Zinsschritt nicht entgegen: Der Aussenwert des Schweizerfrankens ist selbst gemäss Aussagen von Thomas Jordan nicht mehr überbewertet; die hohen und tendenziell steigenden Exportüberschüsse zeugen von einer sehr guten Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft; und schliesslich rechtfertigt das Inflationsdifferential von 5 bis 6 Prozent gegenüber Euro- und Dollar-Raum auch eine entsprechend hohe Aufwertung der Schweizer Währung. Kurzum – die SNB muss die Zinsen im September deutlich erhöhen.

Die Folgen sind einfach: Der Schweizerfranken wird als Anlagewährung interessanter und wertet auf, die Importpreise sinken, während die Schweizer Exportpreise in Fremdwährungen steigen. Dadurch nehmen die realen Importe zu, während die Exporte sinken. Zudem wird auch weniger investiert. Dies resultiert in einer tieferen Gesamtnachfrage und einem tieferen BIP-Wachstum. Die Inflation sinkt, und zwar sowohl die importierte (inkl. Energiepreise) als auch die heimische – und die Nachfrage nach Arbeitskräften geht zurück.

Die Zinserhöhung durch die SNB führt so zu einer Abkühlung der überhitzten Güter- und Arbeitsmärkte; es kommt zur erwünschten Reduktion der Inflation und des Fachkräftemangels. Eine deutliche Zinserhöhung hat auch erfreuliche Nebenaspekte. Sie bremst die Verschuldung und dämpft die Preisblase an den Immobilienmärkten. Sie reduziert die Subventionierung von Schuldnern durch Gläubiger und verbessert auch die Finanzsituation der Pensionskassen.

Die Verminderung des Fachkräftemangels wirkt sich auch positiv auf die Rekrutierungssituation in den gesellschaftlich sensiblen Lehr- und Pflegeberufen aus. Der erstarkende Franken reduziert die Energiekosten und entspannt so die politische Dis-

Die hohen und tendenziell steigenden Exportüberschüsse zeugen von einer sehr guten Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

kussion um allfällige Kompensationen. Mittelfristig führt eine straffere Geldpolitik zu einer Reduktion der aufgeblähten Bilanz der SNB und einer verminderten Zuwanderung. Vor allem aber verhindert die Zinserhöhung den Beginn einer schädlichen Lohn-Preis-Spirale.

Bei den negativen Aspekten ist neben der (durchaus erwünschten) Reduktion des Wirtschaftswachstums eine Erhöhung der Wohnkosten zu nennen. Trotz der Reduktion der Energiekosten und der sinkenden Nachfrage nach Wohnraum dürften die steigenden Hypothekenzinsen die Kosten des Eigenheims und der steigende Referenzzinssatz die Mieten erhöhen.

Kritiker einer Zinserhöhung mögen einwenden, dass im potenziell rezessiven Umfeld in Europa eine Abkühlung von Inflation und Arbeitsmarkt auch ohne Zinserhöhung eintreffen würde. Wenn unsere wichtigste Exportpartner in eine Rezession rutschten, bestünde so die Gefahr eines «hard landing», also einer Rezession mit deutlicher Arbeitslosigkeit. Angesichts der nach wie vor hohen Auslastung der Schweizer Wirtschaft ist dieses Szenario allerdings eher unwahrscheinlich.

Ob diese Gefahr den Verzicht auf eine Zinserhöhung rechtfertigt? Hier halte ich es mit dem US-Notenbankchef Jerome Powell: Lieber ein Erfolg an der Inflationsfront zum Preis einer möglichen kurzen Rezession als eine langanhaltende Inflation, die sich zu einer Stagflation mit wesentlich höheren Wohlfahrtsverlusten entwickeln könnte. Ein solches Szenario würde zudem die Glaubwürdigkeit der SNB wohl nachhaltig schädigen.

Es gibt derzeit kaum einen Grund, an der stark expansiven Geldpolitik festzuhalten. Deshalb sollte die SNB noch vor dem Lohnherbst die Inflationserwartungen mit einer deutlichen Zinserhöhung brechen und so die Überhitzung der Märkte abkühlen und eine Lohn-Preis-Spirale verhindern.

Urs Müller ist emeritierter Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel.

In Krisen hat der Wettbewerb nicht oberste Priorität. Nun hat der Bundesrat die Wettbewerbskommission (Weko) bereits zum zweiten Mal desavouiert. Jüngst hat er den Unternehmen der Gasbranche in Aussicht gestellt, ihnen bei der gemeinsamen Gasbeschaffung den Rücken frei zu halten, falls die Weko im gemeinsamen Vorgehen einen Verstoss gegen das Kartellgesetz sehen sollte. Der Bundesrat weicht dabei vom vorgesehenen Verfahren ab, indem er der Weko vorgreift. Und während der Pandemie hat der Bundesrat der SR Technics zur Überbrückung eines Liquiditätsengpasses eine Ausfallbürgschaft gewährt, die gemäss Weko mit den Wettbewerbsregeln des Luftverkehrsabkommens unvereinbar war.

Die genannten Bereiche funktionieren höchst unterschiedlich, weisen aber Gemeinsamkeiten auf: Es geht jeweils um die Bereitstellung infrastrukturbasierter Dienste, die für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft notwendig sind. Infrastrukturbereiche sind relativ dicht reguliert und vor allem durch staatliche und staatsnahe Unternehmen geprägt. Und in diesen Fällen gebietet die orthodoxe ökonomische Logik, die Infrastrukturbetreiberinnen zurückzubinden, damit die vor- und nachgelagerten Märkte privater Initiative und dem Wettbewerb überlassen werden können. Diese Logik wird indes in den Bereichen Post, Telekommunikation, Strom, Gas und Verkehr von Politik, Wettbewerbs- und Regulierungsbehörden zum nicht mehr hinterfragten Dogma erhoben. Empirische Belege, ob entbundene Teilmärkte den Konsumenten etwas bringen, sind mehrdeutig.

Die kurz aufeinanderfolgenden Krisen legen die Schwachstellen der künstlich errichteten Infrastrukturmärkte schonungslos offen. Die Regulierung kompensiert nicht die weggefallene Koordination, die im Wettbewerb oder in Unternehmen natürlich erfolgt. Regulatoren wie die Weko müssen sich an den gesetzlichen Rahmen halten und sollen eine offene Koordination der verschiedenen

Krisen und der Griff zur «Ministererlaubnis»

Die derzeitigen Krisen legen Schwachstellen der künstlich errichteten Infrastrukturmärkte offen. Es kommt zu problematischen kartellrechtlichen Ausnahmereichen.

Gastkommentar von Peter Hettich, Patrick Zenhäusern und Heike Worm

Akteure, die ausserhalb von Krisen den Konsumenten meist schadet, ja gerade verhindern.

Für die Suche nach Lösungen zur Bewältigung einer Krise hält die Infrastrukturregulierung jedoch keine Instrumente bereit, so dass sich die Akteure in ihren wohlmeinenden Anstrengungen durch die Bürokraten behindert fühlen. Das Handeln des Bundesrates mag nun wohlthuend pragmatisch erscheinen; doch dies kann nicht die Folge haben, dass jegliche wettbewerbsschädigenden Abreden zur Krisenbewältigung nun erlaubt sind. Der Griff zur «Ministererlaubnis» ist für zukünftige Krisen kein sachgerechtes Instrument und rechtsstaatlich

grenzwertig. Noch schlimmer: Er schafft Anreize, mit der Schaffung kartellrechtlicher Ausnahmereichen Industriepolitik zu betreiben.

Die Versorgung des Landes mit Gütern und Dienstleistungen ist grundsätzlich Sache der Wirtschaft. Wenn diese ihre Versorgungsfunktion nicht mehr selbst wahrnehmen kann, greift der Staat lenkend ein und setzt bei lebenswichtigen Ernährungsgütern auf die Vorratshaltung. Bei lebenswichtigen Dienstleistungen wie der Energieversorgung trägt das Konzept der Pflichtlagerhaltung jedoch nicht weit. Auch sind die technische Wartung von Flugzeugen, ihrer Komponenten und ihrer Trieb-

werke oder die Bereitstellung von Energie in Verbindung mit Speichern und Netzkapazitäten sehr komplex. Im Strombereich hat die anhaltende Diskussion um die Sicherstellung der Versorgung gezeigt, dass bei der vom Bund geschaffenen Sektorregulierung mögliche Krisensituationen nicht mitgedacht wurden. Dass der Bundesrat die Weko im Gas- und Luftfahrtbereich einfach übersteuert, ist Symptom für ein Systemversagen.

Offenbar lassen die in den letzten Jahren entstandenen, sektoriellen und allgemeinen Marktregulierungen für systemrelevante Infrastrukturen zu wenig Raum für Puffer, etwa für eine überdimensionierte Entsorgungsanlage am Flughafen, für eine zusätzliche Lokomotive im Depot, für redundante Stromerzeugungskapazität oder für das mittlerweile berühmte weitere «Bett» (inklusive Pflegekräften) auf der Intensivstation. In ihrem naiven Bemühen, Märkte regulatorisch zu imitieren, griffen Gesetzgeber und Regulatoren unreflektiert die Substanz unserer Infrastruktur an.

Dem Bundesrat bei der Krisenbewältigung freie Hand zu belassen, wie das Infrastrukturregulierungen häufig vorsehen, greift zu kurz. Die Schaffung weiterer separierter Teilmärkte, die die Bereitstellung spezifischer Aspekte der Versorgungssicherheit abgelenken, soll aus dem Dilemma führen. Der Vielschichtigkeit von Krisen wird dieser Ansatz jedoch nicht gerecht. Die Versorgungssysteme weisen ja schon heute einen Grad an Komplexität auf, der die letztlich den Regulatoren obliegende Koordination der Leistungserstellung schwierig macht. Das Problem der Versorgungssicherheit ist so kaum zu lösen. Wir kommen nicht umhin, uns grundsätzlich zu fragen, wo die entflochtenen Infrastrukturmärkte und Regulierungen die notwendige Resilienz für Krisen aufweisen – und wo nicht.

Peter Hettich ist Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität St. Gallen; Patrick Zenhäusern und Heike Worm sind Mitglieder des Strategieboards bei Polynomics.

Neutralitätspolitik

Der Bundesrat duckt sich weg

GEORG HÄSLER, BERN

Seit der Sommerpause versucht es der Bundesrat mit Schweigen. Die Zeit der öffentlichen Streitereien und gezielt gestreuten Meinungsverschiedenheiten scheint vorerst vorbei zu sein. Die Landesregierung hat sich geeinigt: im Fall des Neutralitätsberichts auf einen Nullentscheid.

Dies ist zunächst eine krachende Niederlage für den Chef des Aussendepartements (EDA), Bundesrat Ignazio Cassis. Im Mai prägte er am Weltwirtschaftsforum in Davos den Begriff der kooperativen Neutralität. Damit sollte eine Justierung der Schweizer Aussenpolitik nach dem russischen Überfall auf die Ukraine vorgenommen werden.

In einem Bericht versuchte das EDA in Zusammenarbeit mit drei anderen Departementen die Idee einer weiterentwickelten Neutralität einzuordnen und zu erklären. Kein Bedarf, hat der Bundesrat nun am Mittwoch entschieden, der Status quo reiche. Die Schweiz definiert ihre neutralitätspolitische Ausrichtung weiterhin auf der Basis des Neutralitätsberichts von 1993.

Dieses Dokument ist zwar weiterhin überzeugend, aber doch aus der Zeit gefallen: Die Tonlage des Neutralitätsberichts 1993 transportiert den Geist einer Welt, die gerade den Kalten Krieg überwunden hat. Es gab eine Supermacht, die

USA, die unter dem Regelwerk der Uno als Weltpolizist auftrat.

Doch das historisch rare Momentum dieser naiven Leichtigkeit ist vorbei. Russland führt Krieg gegen die Ukraine, China bedroht das demokratische Taiwan. Die Demokratie ist unter Druck. Konsequenter hat sich die Schweiz mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen den Kreml klar zum Westen bekannt. Eigentlich bedeutete dieser Entscheid keine wirkliche Abweichung von der neutralitätspolitischen Praxis seit 1993. Doch die Aussenwahrnehmung ist eine andere: Weltweit hat nur rund ein Viertel der Staaten auf den Völkerrechtsbruch Moskaus mit einem wirtschaftlichen Embargo reagiert. Für Russland zählt die Schweiz deshalb zum Team Ukraine, ähnlich wird es in den westlichen Medien wahrgenommen.

Klar: Der Entwurf des neuen Neutralitätsberichts hat inhaltliche Lücken. Das heisse Eisen China wird gar nicht erst angesprochen. Doch der Bundesrat duckt sich vor heiklen Fragen weg. Die Schweiz verzichtet gegenüber dem Ausland auf nähere Ausführungen zum Schweizer Standpunkt im 21. Jahrhundert.

Die Strategie der Schweiz ist es offensichtlich, auf eine Strategie zu verzichten. Damit steht die zweite Säule der bundesrätlichen Standortbestimmung zum Ukrainekrieg in einem seltsam luft-

Intellektuelle Stringenz in der Aussen- und Sicherheitspolitik wird durch bürokratischen Pragmatismus ersetzt. Die Debatte wird damit abgewürgt.

leeren Raum: Am Mittwoch verabschiedete die Landesregierung eher lustlos einen sicherheitspolitischen Zusatzbericht. Das Verteidigungsdepartement (VBS) verspricht darin eine «verstärkte internationale Zusammenarbeit unter Einhaltung der Neutralität», wie es in der Medienmitteilung heisst. Das Beiwort der kooperativen Neutralität hätte die vertiefte Kooperation mit den militärischen Nachbarn in einem grösseren Zusammenhang erklärt.

Intellektuelle Stringenz in der Aussen- und Sicherheitspolitik wird durch bürokratischen Pragmatismus ersetzt. Die Debatte wird damit abgewürgt. Ein breiter Konsens, welche Bedeutung die bewaffnete Neutralität der Schweiz in Europa noch haben könnte, ist so kaum zu erreichen. Dafür braucht die Schweiz eine «integrated review» nach britischem Vorbild: eine ganzheitliche Betrachtung aller aussen-, sicherheits-, handels- und auch entwicklungspolitischen Zusammenhänge. Vielleicht könnten dann auch die Wiederausrüstung der Armee und das höhere Militärbudget besser gebündelt werden.

Im Inland verstärkt das Schweigen der Landesregierung höchstens den allgemeinen Eindruck eines desorientierten Gremiums. Ins Ausland sendet die Schweiz aber ein Signal der Schwäche. Der Bundesrat ist mit dem Krieg und der Krise als Dauerzustand überfordert.

Türkei und Syrien

Erdogan und Asad werden sich kaum versöhnen

ULRICH VON SCHWERIN

Seit Wochen wird in der Türkei über ein mögliches Treffen zwischen Präsident Recep Tayyip Erdogan und dem syrischen Machthaber Bashar al-Asad debattiert. Angeheizt wurden die Spekulationen durch Äusserungen Erdogans, wonach der Sturz Asads nicht länger sein Ziel sei und er einen Dialog nicht ablehne. Auch enthüllte Aussenminister Mevlüt Cavusoglu, dass er im vergangenen Oktober erstmals seit Jahren seinen syrischen Amtskollegen getroffen habe. Als möglicher Ort für ein Treffen der beiden Staatschefs wird ein Regionalgipfel Mitte September in der usbekischen Stadt Samarkand gehandelt.

Für Erdogan wäre eine Annäherung an Asad eine 180-Grad-Wende, nachdem er jahrelang die syrischen Rebellen unterstützt und offen auf Asads Sturz hingearbeitet hat. Für Asad wäre es nach der Retablierung der Beziehungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Golfstaaten ein weiterer Schritt aus der internationalen Isolation. Und für den russischen Staatschef Wladimir Putin wäre es ein wichtiger politischer Erfolg, nachdem er jahrelang auf direkte Gespräche zwischen Erdogan und Asad gedrungen hat. Es ist wohl auch vor allem Putins Druck geschuldet, dass sich Erdogan nun

offen für Gespräche mit dem Diktator in Damaskus zeigt. Bei ihrem letzten Treffen in Sotschi Anfang August hatte Putin Erdogan erneut seine Zustimmung für eine neue Offensive gegen die Kurden verweigert und ihn aufgefordert, zunächst mit Asad zu sprechen.

Ein Treffen zwischen Erdogan und Asad in Samarkand wäre eine dramatische Wendung im syrisch-türkischen Verhältnis. Ob eine solche Begegnung zu einer grundlegenden Annäherung oder gar einer Aussöhnung führen würde, ist aber fraglich. Denn auch wenn Erdogan nicht länger den längst unrealistischen Sturz Asads anstrebt, bleiben tiefgreifende Differenzen. Sie zu überwinden, wird nicht einfach sein. Erdogan möchte entlang der Grenze im Norden Syriens einen 30 Kilometer breiten Sicherheitskorridor schaffen, um die Kämpfer der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus dem Grenzgebiet zu verdrängen. Zudem möchte er zumindest einen Teil der 3,6 Millionen syrischen Flüchtlinge, die viele von der Wirtschaftskrise betroffene Türken als Belastung empfinden, in ihre Heimat zurückschicken. Asad hat aber kein Interesse an einer Rückkehr von Millionen Syrern, die seine Herrschaft ablehnen. Auch die meisten Syrer wollen nicht zurück in ein Land, in dem ihnen Armut, Hunger und Inhaftierung dro-

Es ist wohl vor allem Putins Druck geschuldet, dass sich Erdogan nun offen für Gespräche mit dem Diktator in Damaskus zeigt.

hen. Die meisten haben sich längst ein neues Leben in der Türkei aufgebaut und fühlen sich dort trotz der wachsenden Ablehnung der Türken wohl. Viele haben nach elf Jahren Krieg zudem keine Häuser, Geschäfte oder Felder in Syrien mehr, zu denen sie zurückkehren könnten.

Im Fall der Kurden wäre eine Verständigung zwar eher denkbar, da Asad die kurdische Autonomie im Nordosten ebenfalls ein Dorn im Auge ist. Allerdings lehnt Asad eine neue türkische Offensive gegen die Kurden ebenso ab wie eine dauerhafte Präsenz türkischer Truppen auf syrischem Boden. Er fordert von der Türkei nicht nur die Räumung aller seit 2016 von den Kurden eroberten Gebiete Syriens, sondern auch ein Ende der Unterstützung der syrischen Opposition in Idlib. Würde Ankara aber seine Truppen aus der letzten Rebellenschanze abziehen, würde Asad kaum zögern, mit der Unterstützung der Russen eine neue Offensive zu starten. Ein Angriff auf Idlib würde erneut Hunderttausende von Flüchtlingen über die Grenze in die Türkei treiben und Erdogan dort kurz vor den wichtigen Wahlen 2023 in Bedrängnis bringen. Einen einfachen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es für den türkischen Präsidenten nicht. Und so wird eine Aussöhnung mit Asad wohl weiter auf sich warten lassen.

Massnahmen der Stadt Zürich gegen die Energiekrise

Die Politik muss die Sparbemühungen besser erklären

DANIEL FRITZSCHE

Lange blieb die Energiekrise abstrakt. Ausser an der Zapfsäule und in den Zeitungsspalten haben die meisten Schweizerinnen und Schweizer vom Ernst der Lage wenig mitbekommen. In Zürich ändert sich das nun schlagartig; die Krise wird konkret. «Um eine Mangellage zu verhindern», wie der Stadtrat schreibt, ergreift er per sofort Massnahmen. Er stellt Strassenlaternen in der Nacht ab, dreht Brunnen den Wasserhahn zu, beleuchtet keine historischen Bauten mehr. 15 konkrete Sparanstrengungen setzt die rot-grüne Stadtregierung in den nächsten Wochen um.

Es sind verhältnismässig kleine Eingriffe. Wer stört sich schon ernsthaft daran, dass das Wasser in Hallenbädern nun 1 Grad kälter ist? Oder dass die Saison auf den Ausseneisflächen etwas später beginnt? Mit den Verwaltungsangestellten, deren Amtsstuben auf 19 Grad heruntergekühlt werden, wird kaum jemand Mitleid haben. Dennoch sind es sicht- und spürbare Eingriffe, die das Leben in der Stadt verändern werden. Die Behörden – allen voran der Stadtrat – sind gefordert, die Massnahmen gut zu erklären. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier bloss Symbol- und Sensibilisierungspolitik betrieben wird.

Was nützen die 15 Massnahmen konkret? Welche ist die wirksamste? Wie viel Strom und Energie spart man insgesamt ein? Das sind Fragen, die der Stadtrat am Mittwoch bei der Verkündung der Einschränkungen nur unzulänglich beantworten konnte. Ein angegebenes Reduktionsziel von 15 Prozent bleibt vage. Der Erklärungsbedarf ist in Zürich besonders gross, weil die Strompreise hier im Gegensatz zu den meisten anderen Städten und Gemeinden nächstes Jahr nur unmerklich steigen werden. Das städtische Elektrizitätswerk verkündete dies vergangene Woche nicht ohne Stolz. Ein grosser Hebel, um die breite Bevölkerung zum Stromsparen zu bringen – nämlich höhere Kosten –, fehlt damit. Eine abgedunkelte Altstadt soll die Leute nun dennoch aufrütteln. Die Preise künstlich anzuheben, kann und darf natürlich kein Mittel sein. Vielmehr gilt es aufzuklären, dass Zürich sich im Falle einer Mangellage eben nicht alleine auf seine diversen eigenen Wasser- und Windkraftwerke sowie Beteiligungen berufen kann. Die Stadt ist nicht autark, sondern im Ernstfall von den Vorgaben des Bundes und der internationalen Lage abhängig.

Dennoch muss die Strompolitik Zürichs gelobt werden. Über viele Jahrzehnte verschaffte man sich im In- und Ausland wertvolle Ressourcen, die sich nun auszahlen. Plötzlich ist man auch um alte Kern-

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier bloss Symbol- und Sensibilisierungspolitik betrieben wird.

kraftwerk-Anteile froh, die der Stadtrat seit langem (erfolglos) abzustossen versucht. Die SP und die Grünen, die heute in Zürich das Sagen haben und bei Energiethemen zu oft auf Verzicht statt auf Ausbau setzen, sollten das zur Kenntnis nehmen.

Ob der Zeitpunkt für die Sparmassnahmen der richtige ist oder verfrüht kommt, ist schwierig zu beurteilen. Unnötig war jedenfalls der Hinweis des Stadtrats, dass die Anstrengungen helfen würden, quasi nebenbei die Zürcher Netto-Null-Ziele zu erreichen. Die aktuelle Krise sollte nicht missbraucht werden, um anderweitigen politischen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehören reine Symbolvorstösse wie jener der linken Parteien im Parlament, alle digitalen Werbe-Screens in der Stadt auszuknippen. Sie kämpfen schon lange gegen die «Kommerzialisierung des öffentlichen Raums», nun nutzen sie die Energiekrise als billiges Argument.

Etwas Positives zum Schluss: Die Stadt Zürich hat aus der Pandemie-Zeit gelernt und ist auf die nun drohende Krise besser vorbereitet. Früh wurde eine Task-Force eingesetzt, früh haben die Dienstabteilungen der Stadt verschiedene Szenarien zum Strom- und Energiesparen entwickelt. Diese Arbeit gilt es unter Hochdruck fortzusetzen. Damit man bereit ist, wenn später einschneidendere Massnahmen als kältere Hallenbäder notwendig sein sollten.